

Mehr Gerechtigkeit, mehr Zukunft für Baden-Württemberg: Grün-Schwarz muss 2024 zügig ins Handeln kommen

Aktuell halten die Landtagsfraktionen ihre Klausuren zum Jahresauftakt ab. Wir haben konkrete Erwartungen an die vier demokratischen Fraktionen und die Landesregierung: Bildungsgerechtigkeit verwirklichen, Tarifbindung stärken, den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben und mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Denn es steht viel auf dem Spiel. Als starkes Exportland ist der Südwesten besonders abhängig von der globalen Konjunktur. Wenn die stottert, fehlen den Betrieben wichtige Aufträge. Umso dringender ist es, dass die Landespolitik mehr für sichere Arbeitsplätze und für mehr Gerechtigkeit unternimmt!

Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse
Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im vergangenen November 2023 ist die Finanzpolitik in Bund und Ländern von Blockaden geprägt. Wir fordern die demokratischen Parteien im Land auf, an einem runden Tisch Konzepte für eine Reform der Schuldenbremse zu erarbeiten. Die Schuldenbremse hat sich endgültig als Zukunftsbremse erwiesen. Nicht zu hohe Schulden, sondern ein bedrohlicher Investitionsstau verhindern Zukunft.

Gerechte Chancen bei der Bildung schaffen!
Wir fordern mehr Investitionen in die frühkindliche und in die schulische Bildung. Kinderbetreuung muss endlich verlässlich werden. Im Land fehlen fast 60.000 Kita-Plätze. Diese Kitastrophe muss ein Ende haben. Jede zweite Frau in Ba-

den-Württemberg arbeitet in Teilzeit. Viele Mütter würden ihr Arbeitsvolumen gerne erhöhen. Das geht nur mit einer verlässlichen Kinderbetreuung. Auch in den Schulen müssen die Weichen für mehr Bildungsgerechtigkeit gestellt werden. Dafür braucht es mehr Personal. Bis 2035 fehlen allein an den Grundschulen mindestens 16.000 neue Lehrkräfte. Grün-Schwarz muss die Ausbildungskapazitäten weiter hochfahren.



Aktive Industriepolitik sichert Arbeitsplätze
Mehr Tempo und mehr Konsequenz erwarten wir auch bei der Sicherung von Industrie und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Grün-Schwarz sollte ein Investitionsprogramm auflegen, das den Betrieben Brücken baut für den nachhaltigen Umbau ihrer Produktion. Auch in die Infrastruktur muss viel mehr investiert werden: in die Erneuerbaren, in leistungsfähige Übertragungsnetze, in nachhaltige Mobilität und in unsere Hochschulen.

Öffentliche Aufträge nur mit Tarifvertrag!

Die versprochene Reform des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) muss jetzt endlich kommen. Damit gilt: Öffentliche Aufträge gibt es nur mit Tarifvertrag! Tarifverträge sichern gute Einkommen für die Beschäftigten. Wer mit Tarifvertrag arbeitet, verdient im Schnitt jährlich 3000 Euro mehr netto. Mehr Tarifbindung bedeuten mehr Einnahmen für den Fiskus! Wichtig für mehr Investitionen!

Für eine aktive Wohnungspolitik!

Auch beim Wohnungsbau, vor allem beim sozialen Wohnungsbau muss viel mehr passieren. Wir brauchen jährlich mindestens 70.000 neue Wohnungen im Land, davon 13.000 Sozialwohnungen. Für dieses Jahr stellt die Landesregierung 550 Millionen Euro an Fördermitteln zu Verfügung. Die Mittel reichen hinten und vorne nicht. Wir brauchen hier eine Milliarde Euro des Landes – eine echte Baden-Württemberg-Milliarde jährlich zusätzlich zu den Bundesmitteln. Alle reden über Transformation in Baden-Württemberg, aber ohne Wohnungsbau und gute soziale und verkehrsmäßige Infrastruktur kommen keine Arbeitskräfte in den Südwesten.

Wir stehen für #bwgerecht!